

FREIBERUFLER-TICKER vom 19. Oktober 2018

1. NKR-Jahresbericht vorgestellt

Ende vergangener Woche hat der Vorsitzende des Normenkontrollrats (NKR), Dr. Johannes Ludewig, den Jahresbericht 2018 „[Deutschland: weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, bessere Gesetze. Einfach machen!](#)“ des Normenkontrollrats der Bundeskanzlerin übergeben. Der Bericht zieht die Bilanz der Bürokratie- und Kostenbelastungen neuer Regelungen der letzten zwölf Monate und zeigt Wege auf, wie Rechtsetzungsprozesse effektiver gestaltet und Defizite bei der Digitalisierung behoben werden können. Bei der Quantifizierung gesetzlicher Folgekosten nimmt Deutschland dem Bericht zufolge eine Spitzenposition in der EU ein. Bei der Digitalisierung der Verwaltung liegt Deutschland leider nur im hinteren Mittelfeld. Anders ist es bei der sogenannten ‚One in one out‘-Bilanz. Hier befindet sich Deutschland in der erweiterten Spitzengruppe. Im Saldo sind die Unternehmen bei den Folgekosten seit dem Jahr 2015 um 1,8 Milliarden Euro entlastet worden.

2. Deutschlands Investitionen in Bildung weiterhin unter dem EU-Durchschnitt

Am 16. Oktober 2018 ist die siebte Ausgabe des [Monitors](#) für allgemeine und berufliche Bildung der Europäischen Kommission vorgestellt worden. Der Monitor zeigt auf, wie sich die Bildungs- und Ausbildungssysteme in der Europäischen Union in den letzten Jahren entwickelt haben. Laut dem Monitor lagen die Investitionen in Bildung in Deutschland im Jahr 2016 mit 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erneut unter dem EU-Durchschnitt von zuletzt 4,7 Prozent. Betrachtet man die allgemeinen öffentlichen Bildungsausgaben, fällt auf, dass Deutschland trotz einer Steigerung von 1,2 Prozent im Jahr 2015 auf 2,6 Prozent im Jahr 2016 im Vergleich zu den anderen EU-Ländern nur im Mittelfeld rangiert. Auch weist der Bericht darauf hin, dass Deutschland in den Bereichen Lese- und Rechenfähigkeit von Viertklässlern schlecht abschneide und der Lehrermangel ein großes Problem darstelle. Die hohe Auslandsmobilität der Studierenden wird hingegen positiv hervorgehoben. Im Jahr 2016 lag der Anteil der Studierenden, die einen Auslandsaufenthalt absolvierten, bei 12,8 Prozent und damit über dem EU-Durchschnitt von 7,6 Prozent. Die Förderung von Engagement, Integration und Verständnis der Bürgerrechte sowie das Verständnis der Funktionsweise von Demokratien und Institutionen werden in Deutschland ebenso als gut eingestuft.

3. Erste Beratung über „Qualifizierungschancengesetz“

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll sinken und die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit ausgeweitet werden. Das geht aus einem Gesetzentwurf der Bundesregierung ([19/4948](#)) hervor, über den der Bundestag am 17. Oktober 2018 informiert hat. Zu den Maßnahmen des Qualifizierungschancengesetzes gehört beispielsweise eine Ausdehnung der Weiterbildungsförderung, die unabhängig von Alter, Ausbildung und Betriebsgröße für jene Beschäftigten ermöglicht werden soll, deren Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden oder in sonstiger Weise vom Strukturwandel betroffen sein werden oder die eine Weiterbildung in einem Engpassberuf anstreben. Bedingung der Kostenübernahme durch die Bundesagentur für Arbeit ist jedoch eine Kofinanzierung durch den Arbeitgeber. Darüber hinaus wird der Schutz der Arbeitslosenversicherung erweitert: Die Rahmenfrist, innerhalb derer man die Mindestansprüche für Arbeitslosengeld erwerben muss, wird auf 30 Monate erweitert.

4. Wettbewerbsbericht des Weltwirtschaftsforums: Deutschland rückt auf Rang drei vor

Am 16. Oktober 2018 hat das Weltwirtschaftsforum den „[Global Competitiveness Report 2018](#)“ vorgestellt. In dem jährlich erscheinenden Bericht werden für 140 Länder Faktoren bewertet, die Produktivität und Wohlstand fördern. Deutschland verbessert sich um zwei Plätze und kommt auf Platz drei. Die USA führen das Ranking an, gefolgt von Singapur. Deutschland ist der bestplatzierte europäische Staat und belegt bei der Innovationsfähigkeit Platz eins. Schlechter schneidet Deutschland beispielsweise bei der Verbreitung digitaler Technologien, dem Ausbau schneller Datenleitungen und der Glasfaseranbindung ab.

5. Erwerbstätige im Rentenalter

Als Grund für eine Erwerbstätigkeit im Rentenalter geben Befragte einer [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die am 16. Oktober 2018 veröffentlicht worden ist, überwiegend soziale und persönliche Motive an: Jeweils rund 90 Prozent der erwerbstätigen Rentner haben Spaß bei der Arbeit, brauchen den Kontakt zu anderen Menschen oder wünschen sich weiterhin eine Aufgabe. Mehr als die Hälfte der Befragten nennt allerdings auch finanzielle Gründe für die Erwerbsarbeit. Das gilt insbesondere für Frauen, die nach eigenen Angaben häufiger als Männer auf einen Hinzuverdienst zur Altersrente angewiesen sind. In Deutschland ist weit mehr als ein Viertel aller Rentner in den ersten drei Jahren nach Übergang in eine Altersrente erwerbstätig: Bei den Frauen beträgt der Anteil 31 Prozent, bei den Männern 28 Prozent.

6. Drittmittel je Universitätsprofessor im Jahr 2016 mit 258.000 Euro auf Vorjahresniveau

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom 16. Oktober 2018 hat ein Professor an deutschen Universitäten (ohne medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten) im Jahr 2016 im Durchschnitt Drittmittel in Höhe von 258.000 Euro eingeworben. Eine Sonderstellung nehmen die medizinischen Einrichtungen von Universitäten ein. Auf sie sind 25,9 Prozent der fast 6,9 Milliarden Euro Drittmittel entfallen, die von den Universitäten (einschließlich medizinische Einrichtungen) im Jahr 2016 eingeworben worden sind. An den medizinischen Einrichtungen der Universitäten sind die durchschnittlichen Drittmitteleinnahmen generell deutlich höher und haben im Jahr 2016 einen Wert von 563.200 Euro (ein Rückgang von 4,7 Prozent) erreicht. Die Fächergruppe mit den höchsten Drittmitteleinnahmen je Universitätsprofessor sind mit 560.200 Euro (Rückgang von 2,1 Prozent zum Vorjahr) die Ingenieurwissenschaften gewesen, gefolgt von Universitätsprofessoren der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit durchschnittlich 557.200 Euro.